

GZ: Pharmig VHC – FA I/ S2 / 13-07

Verstoß gegen: Artikel 7.1 VHC
Artikel 7.2 VHC

Sachverhalt:

In der anonymen **Beschwerde** vom 18.01.2013 wird dem betroffenen Unternehmen vorgeworfen, die Veranstaltung „A [REDACTED] (Jahrestagung der B [REDACTED] der C [REDACTED])“ am [REDACTED] und [REDACTED] in D [REDACTED] unterstützt zu haben. Bei dieser Veranstaltung – so die anonyme Beschwerde – sei die Mehrzahl der Teilnehmer aus E [REDACTED] angereist und sei ein Rahmen- bzw. Begleitprogramm für die Tagungsteilnehmer sowie für Begleitpersonen organisiert bzw. abgehalten worden.

Im Zuge des vereinfachten Verfahrens gemäß Artikel 10 der Verfahrensordnung der Fachausschüsse VHC I. und II. Instanz (kurz: VHC-Verfahrensordnung) hat in gegenständlicher Angelegenheit am 20.03.2013 eine Sitzung des zuständigen Entscheidungssenates des Fachausschusses VHC I. Instanz stattgefunden.

In dieser Sitzung hat der zuständige Entscheidungssenat des Fachausschusses VHC I. Instanz die gegen das betroffene Unternehmen am 22.01.2013 bei der Pharmig eingebrachte anonyme Beschwerde vom 18.01.2013 sowie an die Pharmig am 27.02.2013 übermittelte Stellungnahme des betroffenen Unternehmens vom 27.02.2013 geprüft und im Zuge des Verfahrens, insbesondere auf Grundlage der in der Beschwerde und Stellungnahme zur Verfügung gestellten Informationen und Unterlagen, eine eigene Sachverhaltsaufklärung (Artikel 9 VHC-Verfahrensordnung) durchgeführt.

Aufgrund der eigenen Sachverhaltsaufklärung des zuständigen Entscheidungssenates des Fachausschusses VHC I. Instanz hat dieser betreffend den gegenständlichen Beschwerdeinhalt einstimmig für begründet erachtet, dass bei der vom betroffenen Unternehmen unterstützten Veranstaltung „A [REDACTED] (Jahrestagung der B [REDACTED] der C [REDACTED])“ am [REDACTED] und [REDACTED] in D [REDACTED] die Bestimmungen der **Artikel 7.1 und 7.2 VHC** verletzt wurden.

Dazu ist kurz – wie folgt – auszuführen (um Wiederholungen zu vermeiden, werden die inhaltlichen Ausführungen in der Beschwerde und der Stellungnahme als bekannt vorausgesetzt):

1. In der anonymen **Beschwerde** vom 18.01.2013 wird dem betroffenen Unternehmen vorgeworfen, die Veranstaltung „A [REDACTED] (Jahrestagung der B [REDACTED] der C [REDACTED])“ am [REDACTED] und [REDACTED] in D [REDACTED] unterstützt zu haben. Bei dieser Veranstaltung – so die anonyme Beschwerde – sei die Mehrzahl der Teilnehmer aus E [REDACTED] angereist und sei ein Rahmen- bzw. Begleitprogramm für die Tagungsteilnehmer sowie für Begleitpersonen organisiert bzw. abgehalten worden.
2. In der **Stellungnahme** des betroffenen Unternehmens vom 27.02.2013 brachte das betroffene Unternehmen zu den Beschwerdepunkten im Wesentlichen vor, dass das betroffene Unternehmen nicht Veranstalter des Kongresses gewesen sei und niemals Zweifel daran gehabt habe, dass die beschwerdegegenständliche Veranstaltung sämtliche anwendbaren Standesregeln einhalte. Das Rahmenprogramm der gegenständlichen Veranstaltung sei von anderer Seite festgelegt worden; ungeachtet dessen habe das betroffene Unternehmen Inhalt und Umfang des Kongresses nicht unterstützt; dies gelte auch für Teilnehmer sowie den Inhalt und die Ausgestaltung des wissenschaftlichen Programms, weshalb auch diesbezüglich keine Unterlagen vorgelegt werden könnten.

Das betroffene Unternehmen habe ein zweiseitiges Inserat geschaltet und einen eigenen Stand vor Ort gehabt. Darüber hinaus sei beim Veranstalter die Einlagung von Werbematerialien die Tagungstasche sowie die Logopräsenz auf den Namensschildern gekauft wor-

den; dies sei vom Veranstalter auch ausdrücklich bestätigt und mit entsprechender Rechnung belegt worden.

3. In gegenständlicher Angelegenheit hat der Entscheidungssenat des Fachausschusses VHC I. Instanz insbesondere
 - die Einladung zur Veranstaltung,
 - das finale Programm der Veranstaltung,
 - das Beiblatt zur Einladung mit dem Titel „Sponsoroptionen“ sowie
 - die vom betroffenen Unternehmen erteilten Informationen bzw. vorgelegten Unterlagen

für die Beurteilung des gegenständlichen Sachverhalts herangezogen. Unter Berücksichtigung der vorstehenden Informationen und Unterlagen gelangt der Entscheidungssenat des Fachausschusses VHC I. Instanz zu folgender Beurteilung des beschwerdegegenständlichen Sachverhalts:

- 3.1. Gemäß **Artikel 7 VHC** stellen Symposien, wissenschaftliche Kongresse, Workshops, Vorträge und ähnliche, auch kleinere Veranstaltungen, anerkannte Mittel zur Verbreitung von Wissen und Erfahrung über Arzneimittel und Therapien sowie zur Weiter- und Fortbildung dar. Die Organisation, Durchführung und/oder Unterstützung oder die Übernahme von Kosten für deren Teilnehmer ist nur zulässig, wenn die Veranstaltung den Bestimmungen des **Artikels 7 VHC** entspricht.

Die Jahrestagung der B [REDACTED] der C [REDACTED] mit dem Titel „A [REDACTED]“ fand am [REDACTED] und [REDACTED] in D [REDACTED] statt und wurde von der C [REDACTED] in Zusammenarbeit mit der F [REDACTED] organisiert und durchgeführt. Die beschwerdegegenständliche Jahrestagung der B [REDACTED] der C [REDACTED] stellt nach Ansicht des zuständigen Entscheidungssenats VHC I. Instanz eine Veranstaltung iSd **Artikels 7 VHC** dar.

Die Organisation, Durchführung und/oder Unterstützung oder die Übernahme von Kosten für deren Teilnehmer durch pharmazeutische Unternehmen ist daher nur zulässig, wenn die Veranstaltung den Bestimmungen des **Artikels 7 VHC** entspricht.

- 3.2. **Artikel 7.1 VHC** legt fest, dass Veranstaltungen ausschließlich der wissenschaftlichen Information und/oder der fachlichen Fortbildung dienen.

Die Übernahme von Kosten im Rahmen von Veranstaltungen hat sich gemäß **Artikel 7.2 VHC** auf die Reisekosten, Verpflegung, Übernachtung sowie die ursächliche Teilnahmegebühr zu beschränken und angemessen zu sein. Freizeit- und/oder Unterhaltungsprogramme (z.B. Theater, Konzert, Sportveranstaltungen) für Teilnehmer dürfen weder finanziert noch organisiert werden. Die Einladung von Begleitpersonen ist nicht gestattet; daher dürfen pharmazeutische Unternehmen für diese weder die Organisation noch Kosten für Reise, Verpflegung, Übernachtung oder Aufwendungen für Freizeitaktivitäten übernehmen. Nach Ansicht des Entscheidungssenats des Fachausschusses VHC I. Instanz liegt betreffend die beschwerdegegenständliche Veranstaltung ein Verstoß gegen die Bestimmungen der **Artikel 7.1 VHC** und **7.2 VHC** vor. Dies aus folgenden Gründen:

Der **Einladung** zur gegenständlichen Veranstaltung ist Folgendes zu entnehmen:

*„Diese Tagung findet heuer erstmals in D [REDACTED] statt und wird von der G [REDACTED] unterstützt. Als Tagungsort haben wir einen der **schönsten Plätze von D [REDACTED]** am H [REDACTED] direkt an der I [REDACTED] gewählt. (...) **Bei der Programmgestaltung haben wir auf gesellschaftliche sowie kulturelle Aspekte viel Wert gelegt.** So findet beispielsweise der **Gesellschaftsabend** im J [REDACTED] von D [REDACTED] mit einem Konzert des österreichischen Saxophonisten K [REDACTED] statt. Ebenso planen wir ein **„Come Together“** im L [REDACTED] sowie einen **Besuch des Theater M [REDACTED]** in der kongressfreien Zeit.“ (vgl. Einladung, S. 2 – Hervorhebungen durch den Entscheidungssenat)*

Bereits aus der Einladung ist zu entnehmen, dass die gegenständliche Veranstaltung gerade nicht – wie in **Artikel 7.1 VHC** festgelegt – ausschließlich der wissenschaftlichen Information und/oder der fachlichen Fortbildung dient. Vielmehr geht bereits aus der dortigen Textierung eindeutig und unzweifelhaft hervor, dass der Veranstalter bei der Programmgestaltung gerade auf die kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungspunkte besonderes Augenmerk gelegt hat.

Die Intention des Veranstalters, den Tagungsteilnehmern und allfälligen Begleitpersonen ein attraktives Freizeitprogramm anzubieten, lässt sich auch aus dem finalen Programmheft (vgl. finales Programmheft, S. 4 – 13) deutlich erkennen. Dazu im Einzelnen:

Am [REDACTED] (Vortag des 1. Veranstaltungstages) fand ab 19:00 Uhr im L [REDACTED] ein „Come Together“ Event, nämlich ein Proseccoempfang mit Fingerfood sowie eine Führung durch das Museum, statt.

Am [REDACTED] (1. Veranstaltungstag) fand in der Zeit von 09:00 bis 12:30 Uhr und von 14:00 bis 16:30 Uhr die wissenschaftliche Fortbildung zu den Themen „N [REDACTED]“ und „O [REDACTED]“ statt. Die verbleibende Zeit des Tages stand den Tagungsteilnehmern zur freien Verfügung. Ab 20:00 Uhr fand sodann der Empfang im Theater „M [REDACTED]“ mit Führungen durch das traditionelle Theater, Proseccoempfang mit Fingerfood und Opernbesuch statt.

Am [REDACTED] (2. Veranstaltungstag) gab es in der Zeit von 09:00 bis 12:30 Uhr und von 14:00 bis 16:30 Uhr ein wissenschaftliches Programm zum Thema „P [REDACTED]“. Die verbleibende Zeit des Tages stand den Tagungsteilnehmern wiederum zur freien Verfügung. Weiters fand ab 19:00 Uhr ein Gesellschaftsabend im J [REDACTED] von D [REDACTED] mit Proseccoempfang, Konzert von Kx [REDACTED] und der Band Q [REDACTED] sowie mit anschließendem Galadiner statt.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen ist daher festzuhalten, dass der Veranstalter neben einem wissenschaftlichen Programm im Ausmaß von zwei Tagen ([REDACTED] und [REDACTED]) auch ein umfassendes kulturelles und gesellschaftliches Rahmen- und Begleitprogramm organisiert hat. Dieses Rahmen- und Begleitprogramm umfasste unterschiedliche Ausflüge bzw. Programmpunkte, wie etwa den Theaterbesuch im „M [REDACTED]“ oder aber der „Gesellschaftsabend im J [REDACTED] in D [REDACTED]“, an denen nicht nur die Tagungsteilnehmer, sondern auch Begleitpersonen teilnehmen konnten bzw. teilnahmen.

Berücksichtigt man den zeitlichen **Umfang des ausschließlich wissenschaftlichen Programms** ist festzustellen, dass sich der auf die Aus- und Weiterbildung entfallende Zeitaufwand am [REDACTED] auf rund fünfeinhalb Stunden und am [REDACTED] auf rund sechs Stunden belaufen hat.

Unter der Annahme des unmittelbaren Anschlusses der Freizeit und des Rahmen- und Begleitprogramms an den wissenschaftlichen Teil der Veranstaltung sowie unter der Annahme eines frühen Endes dieser Programmpunkte um 22:30 Uhr entfällt auf das **nicht-wissenschaftliche Programm der Veranstaltung** am [REDACTED] rund sieben Stunden und am [REDACTED] rund sechs Stunden.

Aus einer vergleichenden Gegenüberstellung des Zeitaufwands der einzelnen Programmpunkte lässt sich eindeutig erkennen, dass die Veranstaltung gerade kein – wie von **Artikel 7.1 VHC** gefordert – ausschließlich wissenschaftliches Programm aufwies, sondern ein (bestenfalls) gleichteiliges wissenschaftliches und nicht-wissenschaftliches Programm bot.

Der Entscheidungssenat des Fachausschusses VHC I. Instanz ist daher der Ansicht, dass die beschwerdegegenständliche Veranstaltung nicht die in Artikel 7.1 VHC festgelegten Kriterien erfüllt.

Darüber hinaus vertritt der Entscheidungssenat des Fachausschusses VHC I. Instanz die Ansicht, dass es sich bei der beschwerdegegenständlichen Veranstaltung um eine Tagung mit Rahmen- und Begleitprogramm handelt, die von pharmazeutischen Unternehmen gemäß **Artikel 7.2 VHC** nicht unterstützt werden darf.

Artikel 7.2 VHC untersagt pharmazeutischen Unternehmen ausdrücklich jegliche Finanzierung oder Organisation von Freizeit- und/oder Unterhaltungsprogrammen. Ebenso wenig sind den pharmazeutischen Unternehmen die Einladung von Begleitpersonen, die Organisation und/oder die Kostenübernahme für diese erlaubt.

Hinsichtlich der Details der vom Entscheidungssenat des Fachausschusses VHC I. Instanz diesbezüglich vertretenen Rechtsansicht verweist dieser – zur Vermeidung von Wiederholungen – auf die umfassenden Ausführungen unter Punkt 3.3 des gegenständlichen Schreibens.

- 3.3. Die Übernahme von Kosten im Rahmen von Veranstaltungen hat sich gemäß **Artikel 7.2 VHC** auf die Reisekosten, Verpflegung, Übernachtung sowie die ursächliche Teilnahmegebühr zu beschränken und angemessen zu sein. Freizeit- und/oder Unterhaltungsprogramme (z.B. Theater, Konzert, Sportveranstaltungen) für Teilnehmer dürfen weder finanziert noch organisiert werden. Die Einladung von Begleitpersonen ist nicht gestattet; daher dürfen pharmazeutische Unternehmen für diese weder die Organisation noch Kosten für Reise, Verpflegung, Übernachtung oder Aufwendungen für Freizeitaktivitäten übernehmen.

Bereits bei oberflächlicher Begutachtung des finalen Einladungshefts zur beschwerdegegenständlichen Veranstaltung ist eindeutig und zweifelsfrei erkennbar, dass es sich bei der gegenständlichen Veranstaltung um eine Veranstaltung mit Rahmen- und Begleitprogramm handelt.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch auf die aus dem finalen Programmheft ersichtliche **Kostenstruktur der Veranstaltung** hinzuweisen (vgl. finales Programmheft, S. 16):

Für die gegenständliche Veranstaltung konnte einerseits für die gesamte Veranstaltungsdauer, andererseits für einzelne Tage eine Teilnahme zu unterschiedlichen Preisen (abhängig vom Zeitpunkt der Anmeldung und der Qualifikation des Tagungsteilnehmers) gelöst werden; für den Brunch inklusive Getränke waren pro Teilnehmer und Konferenztag einheitlich EUR 25,00 zu bezahlen.

Für die Teilnahme am „Come Together“ Event im L. am wurden von den Tagungsteilnehmern und von den Begleitpersonen je EUR 15,00 bezahlt. Der Veranstalter übernahm für die Teilnahme an diesem Programmpunkt pro Person (Tagungsteilnehmer oder Begleitperson) EUR 50,00 an Kosten.

Für die Teilnahme am Programmpunkt Theater „M.“ am haben die Tagungsteilnehmer und die Begleitpersonen je EUR 10,00 bezahlt. Auch für diesen Programmpunkt übernahm der Veranstalter pro Person (Tagungsteilnehmer oder Begleitperson) EUR 50,00 an Kosten.

Für die Teilnahme am Gesellschaftsabend im J. von D. am haben die Tagungsteilnehmer je EUR 50,00 und die Begleitpersonen je EUR 110,00 gezahlt. Der Veranstalter übernahm für die Teilnahme an diesem Programmpunkt pro Tagungsteilnehmer EUR 100,00, pro Begleitperson EUR 40,00 an Kosten.

Sofern die Begleitpersonen das „Gesamtpaket“ buchten, bezahlten diese für das Rahmenprogramm von bis je EUR 110,00. Bei derartigen Buchungen übernahm der Veranstalter für die Teilnahme der Begleitpersonen an den entsprechenden Rahmenprogrammpunkten je EUR 165,00 an Kosten.

Aus den vorstehend genannten Textteilen des finalen Programmhefts ist nach Ansicht des zuständigen Entscheidungssenats des Fachausschusses VHC I. Instanz eindeutig zu erkennen, dass der Veranstalter mit den ihm zukommenden finanziellen Mitteln und sonstigen Unterstützungsleistungen für jeden Tagungsteilnehmer sowie für jede Begleitperson einen Kostenanteil zwischen EUR 40,00 und EUR 165,00 übernimmt.

Dass der Veranstalter bei den ihm zufließenden Mitteln (Werbeleistungen, finanzielle Unterstützungen etc.) hinsichtlich der Mittelverwendung unterscheidet, kann nicht festgestellt werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Anmerkungen und Ausführungen im finalen Programmheft unter „weitere Informationen“ sowie auf das Beiblatt „Sponsoroptionen“ verwiesen. Dort heißt es:

„Ohne die Unterstützung der Industrie ist die Durchführung von wissenschaftlichen Weiterbildungsveranstaltungen nicht möglich. Wir bedanken uns bei allen Unternehmen, welche die Tagung finanziell sowie mit viel Engagement unterstützen.“ (vgl. finales Programmheft, S. 23 – Hervorhebungen durch den Entscheidungssenat)

„Der Preis für einen Standplatz beträgt € [REDACTED] inklusive Anführung Ihres Unternehmens im Rahmen der Sponsorenliste, Logo und Programmheft bzw. einem Inset im Programmheft.“ (vgl. Beiblatt „Sponsoroptionen“, S. 1 – Hervorhebungen durch den Entscheidungssenat)

Insbesondere aus dem vorstehend zitierten Absatz im Beiblatt „Sponsoroptionen“ ist eindeutig ersichtlich, dass selbst „reine“ Werbeleistungen zur Aufnahme in die Liste der Sponsoren führen und dass – damit einhergehend – die erbrachten Leistungen unabhängig von Art und Umfang, somit ununterscheidbar, für die Durchführung der Veranstaltung in der beschwerdegegenständlichen Form verwendet werden.

Aus sämtlichen, zur Beurteilung herangezogenen Unterlagen und erteilten Informationen geht nach Ansicht des zuständigen Entscheidungssenates des Fachausschusses VHC I. Instanz unzweifelhaft hervor, dass jede Form der Leistung, mag diese als reine Werbeleistung oder als andersartige finanzielle Unterstützung erfolgen, im gegenständlichen Fall als Sponsoring bzw. Unterstützung der gesamten Veranstaltung anzusehen ist und als solche – undifferenziert – vom Veranstalter für die Durchführung der Veranstaltung in der beschwerdegegenständlichen Form verwendet wurde bzw. wird.

Auch aus dem finalen Programmheft ist ersichtlich, dass der Veranstalter hinsichtlich der Verwendung einzelner ihm zukommenden Leistungen, seien diese Werbeleistungen oder sonstige finanzielle Unterstützungen, keinen Unterschied macht.

Aus diesen Gründen vertritt der zuständige Entscheidungssenat des Fachausschusses VHC I. Instanz daher auch die Ansicht, dass die vom betroffenen Unternehmen erbrachten „Werbeleistungen“ als eine gegen die Bestimmungen des Artikels 7 verstoßende Unterstützung einer Veranstaltung zu qualifizieren sind. Dies – zusammenfassend – deshalb, da

- es sich bei der beschwerdegegenständlichen Veranstaltung um eine Veranstaltung mit Rahmen- und Begleitprogramm handelt, die – aufgrund dieser Tatsache – gegen Artikel 7.1 VHC verstößt und deren Unterstützung durch das betroffene Unternehmen gemäß Artikel 7.2 VHC unzulässig ist sowie
- der Veranstalter – wie aus dem Beiblatt „Sponsoroptionen“ und dem finalen Programmheft ersichtlich – keine Trennung der ihm zufließenden finanziellen Mittel und sonstigen Leistungen, wie etwa Werbeleistungen, macht, weshalb die vom betroffenen Unternehmen erbrachte Werbeleistung eine nach Artikel 7.2 VHC unzulässige Unterstützung der beschwerdegegenständlichen Veranstaltung darstellt.

Die vom betroffenen Unternehmen erbrachte Leistung verstößt nach Ansicht des zuständigen Entscheidungssenats des Fachausschusses VHC I. Instanz daher (auch) gegen Artikel 7.2 VHC.

Gemäß Artikel 10.4 VHC-Verfahrensordnung hat der zuständige Entscheidungssenat des Fachausschusses VHC I. Instanz Ihr Unternehmen betreffend gegenständlichen Verstoß des VHC hiermit abzumahnern und Sie aufzufordern, beigeschlossene Unterlassungs- und Kostenerklärung binnen zwei Wochen firmenmäßig zu unterzeichnen und an die Pharmig als Kanzlei der Fachausschüsse VHC I. und II. Instanz zu retournieren.

Unterlassungserklärung:

Im Zuge des vereinfachten Verfahrens gemäß Artikel 10 der Verfahrensordnung der Fachausschüsse VHC I. und II. Instanz der Pharmig - Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs (kurz PHARMIG) hat der zuständige Entscheidungssenat des Fachausschusses VHC I. Instanz durch seine Mitglieder R■■■■ die – gegen die S***** GmbH am 22.01.2013 bei der PHARMIG eingebrachte – anonyme Beschwerde vom 18.01.2013 geprüft und im Zuge der eigenen Sachverhaltsaufklärung einstimmig für begründet erachtet, dass die S***** GmbH durch die Unterstützung der Veranstaltung „A■■■■ (Jahrestagung der B■■■■)“ am ■■■■ und ■■■■ in D■■■■, die Artikel

- 7.1 VHC und
- 7.2 VHC

verletzt hat.

Die S***** GmbH (eingetragen beim ■■■■ zu FN ■■■■) in ■■■■, ausgewiesen durch ihre vertretungsbefugten Organe, verpflichtet sich hiermit gegenüber der PHARMIG, 1090 Wien, Garnisongasse 4/1/6, unwiderruflich und ohne weitere Bedingungen,

I.)

es ab sofort im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs zu unterlassen, Veranstaltungen zu organisieren, durchzuführen und/oder zu unterstützen oder die Kosten für deren Teilnehmer zu übernehmen, wenn

- die Veranstaltung nicht ausschließlich der wissenschaftlichen Information und/oder der fachlichen Fortbildung dient und/oder
- im Rahmen der Veranstaltung ein Freizeit- und/oder Unterhaltungsprogramm bzw. Begleitprogramm stattfindet.

II.)

an die PHARMIG binnen vierzehn Tagen ab Zustellung dieser Unterlassungserklärung die Kosten dieses Verfahrens in der Höhe von EUR 3.000,00 zzgl Umsatzsteuer zu entrichten.

Die Unterlassungserklärung wurde vom ausgewiesenen Vertreter es betroffenen Unternehmens am 26.06.2013 unterfertigt.